

10. Der Wandel der Sicherheitskultur – Ursachen und Folgen des erweiterten Sicherheitsbegriffs

CHRISTOPHER DAASE

10.1 EINLEITUNG

Sicherheit ist zum zentralen Wertbegriff moderner – und postmoderner – Gesellschaften geworden, zum Goldstandard des Politischen, wenn man so will. Das war nicht immer so. In der internationalen Politik konkurrierten lange die Begriffe »Frieden« und »Sicherheit« um den Vorrang in Strategiedebatten und Parteiprogrammen. Heute ist »globale Sicherheit« ein unbestritten Wert, und von Frieden wird nur noch in Sonntagsreden gesprochen.

Trotz der Allgegenwart des Sicherheitsbegriffs ist seine Bedeutung vager denn je. Und diese Vagheit scheint sich auf die internationale Sicherheitspolitik zu übertragen, von der gesagt wird, sie sei immer weniger in der Lage, die aus den Fugen geratene Welt zu bändigen und Stabilität zu gewährleisten: In Afghanistan scheint die NATO auf verlorenem Posten zu kämpfen, im Iran gelingt es nicht, das Regime von seinen nuklearen Ambitionen abzubringen und in Afrika verspielt die UNO ein ums andere Mal ihren Kredit, weil sie die sich abzeichnenden humanitären Katastrophen nicht rechtzeitig verhindern kann – um nur drei prägnante Orte zu nennen, an denen die internationale Sicherheitspolitik für gescheitert erklärt worden ist.

Vielfach wird dieses Scheitern auf die Entstehung neuer Bedrohungen und Risiken zurückgeführt und auf die schwindende Steuerungsfähigkeit internationaler Institutionen: UNO, NATO und andere Organisationen des Kalten Krieges seien den neuen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Flexiblere Arrangements wie die G8 oder »Koalitionen der Willigen« müssten an ihre Stelle treten. Staaten, selbst starke wie die USA, hätten ihre Macht überschätzt und seien zukünftig stärker auf private Akteure angewiesen. *security governance* ist das Zauberwort, mit dem eine Si-

cherheitspolitik propagiert wird, die weniger an staatlichen Institutionen orientiert ist und verstärkt auf *public-private partnerships* setzt.¹

Was dabei übersehen wird, ist die Tatsache, dass die neuen Risiken und Herausforderungen gar nicht so neu sind, sondern vielmehr das Produkt einer gewandelten Wahrnehmung politischer Probleme – oder, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, das Ergebnis eines Wandels der Sicherheitskultur. Unter »Sicherheitskultur« wird dabei die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen verstanden, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr (im weitesten Sinne) anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll.

Mit diesem Verständnis von Sicherheitskultur werden zwei unterschiedliche Forschungsstränge verbunden: die technikwissenschaftliche Literatur zu *safety culture* und die politikwissenschaftliche Literatur zur *strategic culture*. Ursprünglich geht nämlich der Begriff der Sicherheitskultur auf eine Expertengruppe zurück, die im Auftrag der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) 1986 den Reaktorunfall von Tschernobyl untersuchte.² Die in diesem Zusammenhang entwickelten Definitionen und Kriterien für die Sicherheitskultur einer Organisation fanden in den Folgejahren auch in anderen Technologiebereichen Anwendung. Sie erfassen sowohl die institutionellen Grundlagen des Sicherheitsmanagements als auch das sicherheitsrelevante Verhalten aller Mitarbeiter eines Unternehmens.³ Der zweite Forschungsstrang ist der zur strategischen Kultur (*strategic culture*) von unterschiedlichen Staaten, womit seit den 1970er Jahren die relativ stabilen politischen Überzeugungen, Ansichten und Verhaltensmuster nationaler Eliten im Hinblick auf militärische Si-

1 | Vgl. Krahmann, Elke: »Conceptualizing Security Governance«, in: Cooperation and Conflict 38 (2003), S. 5-26; Bryden, Alan/Caparini, Marina (Hg.): *Private Actors and Security Governance*. Münster: LIT Verlag 2005. Kritisch: Daase, Christopher/Engert, Stefan: »Global Security Governance. Kritische Anmerkungen zur Effektivität und Legitimität neuer Formen der Sicherheitspolitik«, in: Schuppert, Gunnar/Zürn, Michael (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt. Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 41 (2008), S. 475-498.

2 | Vgl. International Nuclear Safety Advisory Group: *Summary Report on the Post-Accident Review Meeting on the Chernobyl Accident*, Safety Series Nr. 75-INSAG-1, Wien: IAEA 1986. Die IAEA machte sich den Begriff zu eigen und definierte fortan Sicherheitskultur als »die Summe aller Merkmale und Einstellungen in Organisationen und Individuen, die sicherstellt, dass als oberste Priorität Themen der nuklearen Sicherheit die Aufmerksamkeit erhalten, die sie aufgrund ihrer Signifikanz verdienen«. Vgl. International Nuclear Safety Advisory Group: *Safety Culture*, Safety Series Nr. 75-INSAG-4, Wien: IAEA 1991, S. 4.

3 | Vgl. Büttner, Thorsten/Fahlbruch, Babette/Wilpert, Bernhard: *Sicherheitskultur. Konzepte und Analysemethoden*. Kröning: Asanger 2007; Kuhlmann, Albert: *Sicherheitskultur*. Köln: TÜV Media 2000.

cherheitsbelange verstanden werden.⁴ Führt man diese beiden Stränge unter konstruktivistischer Perspektive zusammen – das heißt einer Perspektive, die kulturelle und normative Determinanten für die Praxis der internationalen Politik ernstnimmt⁵ –, dann kann man auf unterschiedlichen Analyseebenen (national, regional oder international) von Sicherheitskultur sprechen als den Überzeugungen, Werten und Praktiken, die das Sicherheits- und Unsicherheitsempfinden von Staaten, Gesellschaften und internationalen Organisationen bestimmen und ihre Sicherheitspolitik prägen.

Diese Sicherheitskultur, so das zentrale Argument dieses Beitrags, wandelt sich – vor allem, aber nicht ausschließlich, in westlichen Gesellschaften – und stellt die Sicherheitspolitik zunehmend vor Aufgaben, die sie nicht erfüllen kann. Es besteht gegenwärtig ein eklatanter Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnis und der Fähigkeit staatlicher, internationaler und transnationaler Akteure, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Dabei ist nicht so sehr die absichtsvolle Dramatisierung von politischen Problemen von Seiten politischer Entscheidungsträger, also das, was häufig als Versicherheitlichung (*securitization*) bezeichnet wird,⁶ die treibende Kraft, sondern die Denationalisierung der Sicherheitskultur, die ihrerseits das nicht-intendierte Resultat der Emanzipation der Gesellschaft vom Staat ist.

Die Pointe ist, dass dabei der Staat gleichsam zum Opfer seines eigenen Erfolgs wird. Denn der gesellschaftliche Emanzipationsprozess ist auf ein relativ friedliches Umfeld angewiesen und die Gesellschaft artikuliert erst dann weitergehende Sicherheitsbedürfnisse, wenn die nationale Sicherheit gewährleistet ist. Sobald sie dies aber tut, drohen gesellschaftliche Sicherheitsanforderungen und staatliche Fähigkeiten, diese zu befriedigen, auseinanderzufallen.

Es war übrigens Wilhelm von Humboldt, der den latenten Widerspruch zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sicherheit als Erster erkannte, als er in seinen *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen* 1792 schrieb: »Diejenigen, deren Sicherheit

4 | Vgl. u.a. Snyder, Jack: *The Soviet Strategic Culture. Implications for Nuclear Options*. Santa Monica, CA: Rand Corporation 1973; Johnston, Alastair Iain: *Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*. Princeton: Princeton University Press 1998; Gray, Colin: »Strategic Culture as Context«, in: *Review of International Studies* 25 (1999), S. 49-70.

5 | Vgl. insbesondere die Beiträge in Katzenstein, Peter (Hg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press 1996; Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hg.): *The Return of Culture and Identity in IR Theory*. Boulder: Westview 1997.

6 | Vgl. Weaver, Ole: »*Securitization and Desecuritization*«, in: Lipschutz, Ronnie (Hg.): *On Security*. New York: Columbia University Press 1995, S. 46-86; Buzan, Barry/Weaver, Ole/Wilde, Jaap de: *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder: Lynne Rienner 1998.

erhalten werden muss, sind auf der einen Seite alle Bürger in völliger Gleichheit, auf der anderen der Staat selbst.»⁷ Meine These ist, dass unter den Bedingungen von Globalisierung und Denationalisierung dieser Widerspruch manifest wird und sich gegenwärtig dramatisch verschärft.

Im Folgenden geht es um zwei Dinge. Erstens soll der Wandel der Sicherheitskultur anhand der allmählichen Ausweitung des Sicherheitsbegriffs nachgewiesen und gezeigt werden, wie sich zunehmend soziale gegen staatliche Sicherheitsbedürfnisse durchsetzen. Zweitens sollen die Folgen dieses Wandels für die Sicherheitspolitik dargestellt werden. Hier ist das Argument, dass die alte Bedrohungsgemeinschaft des Kalten Krieges zwar abgelöst wird von dem, was man als »Welt-Risikogesellschaft« bezeichnen könnte;⁸ dass sich aber bislang keine wirksamen kosmopolitischen Politikkonzepte abzeichnen, weil die ungleiche Transnationalisierung der Problemwahrnehmung zu neuen Spannungen führt: zu Konflikten über die relative Bedeutung von Sicherheitsgefährdungen, die Art ihrer Bekämpfung und die Rolle, die internationale Institutionen dabei spielen sollen.

10.2 DER ERWEITERTE SICHERHEITSBEGRIFF UND DER WANDEL DER SICHERHEITSKULTUR

Der Wandel der Sicherheitskultur lässt sich anhand der schrittweisen Erweiterung des Sicherheitsbegriffs darstellen. Dabei können vier Dimensionen unterschieden werden: die Referenzdimension, die Sachdimension, die Raumdimension und die Gefahrendimension.⁹

Referenzdimension

Die Referenzdimension bestimmt, auf wen sich die Sicherheitspolitik eines Akteurs – sei es ein Staat oder eine internationale Organisation – bezieht, oder besser: wessen Sicherheit überhaupt gewährleistet werden soll. Historisch ist der Sicherheitsbegriff eng mit der Konsolidierung des Staates als einziger legitimen Akteur der internationalen Politik verbunden. In der frühen Neuzeit etablierte sich der Staat als Garantiemacht für die Sicherheit seiner Untertanen, ganz so, wie es Thomas Hobbes beschrie-

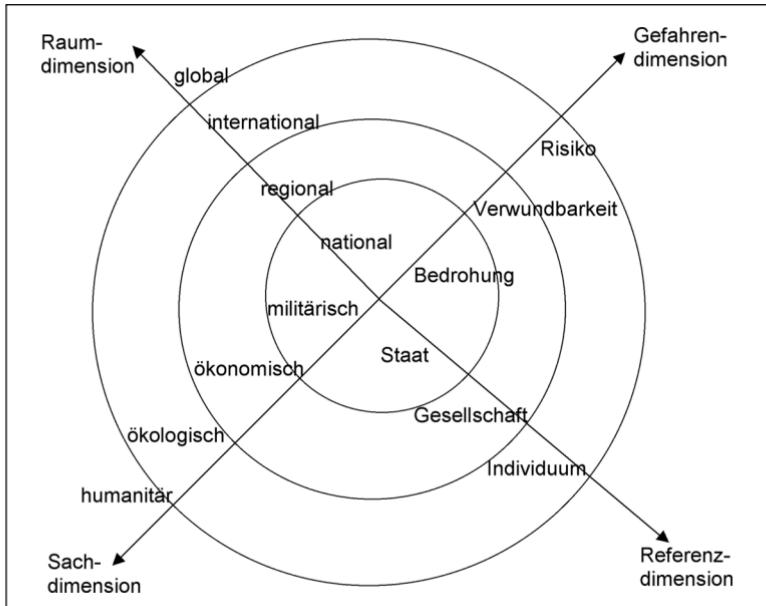
7 | Humboldt, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen [1792]. Stuttgart: Reclam 1967, S. 118.

8 | Vgl. Beck, Ulrich: »World Risk Society as Cosmopolitan Society? Ecological Questions in a Framework of Manufactured Uncertainties«, in: Theory, Culture and Society 13 (1996), S. 1-32; ders.: Weltrisikogesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007.

9 | Vgl. ausführlich in Daase, Christopher: »Der erweiterte Sicherheitsbegriff«, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): Internationale Politik als Überlebensstrategie. München: Landeszentrale für politische Bildung 2008, S. 137-153.

ben hat.¹⁰ Ohne einen globalen Leviathan blieb die Sicherheit des Staates allerdings prekär. Sicherheit bedeutet deshalb im Anschluss an Hobbes und in der Lesart des politischen Realismus der 1950er und 60er Jahre vor allem die Sicherheit des Staates und die Verteidigung seiner Souveränität gegenüber anderen Staaten.¹¹

Abbildung 11: Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs



Diese Vorstellung blieb jedoch nicht unwidersprochen. Liberale Theoretiker wie John Locke betonten, dass der Staat vor allem ein Instrument sei, um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten und das eigentliche Referenzobjekt folglich die Gesellschaft sein müsse. Soziale Sicherheit (*societal security*), wie liberale Theoretiker seit den frühen 1970er Jahren sie im Anschluss an Locke konzipiert haben, zielt demnach auf eine Situation, in der ein Kollektiv von Bürgerinnen und Bürgern in Frieden und Freiheit leben und Produktivität und Wohlstand entwickeln kann.¹²

10 | Vgl. Hobbes, Thomas: Leviathan. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1978.

11 | Vgl. z.B. Morgenthau, Hans J.: In Defense of the National Interest. A Critical Examination of American Foreign Policy. New York: Alfred A. Knopf 1952; Lippmann, Walter: U.S. Foreign Policy. Shield of the Republic. Boston: Little/Brown 1943; Allgemein: Mandelbaum, Michael: The Fate of Nations. The Search for National Security in the Nineteenth and Twentieth Centuries. Cambridge: Cambridge University Press 1988.

12 | Vgl. Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.: Power and Interdependence. World Politics in Transition. Boston: Little/Brown 1977; Weaver, Ole: »Societal Security. The Concept«, in: Weaver, Ole/Buzan, Barry/Kelstrup, Morten/Lemaitre, Pierre

Einen Schritt weiter geht das Konzept der »menschlichen Sicherheit« (*human security*), das seit den 1990er Jahren diskutiert wird. Hier ist nicht der Staat oder die Gesellschaft als Kollektiv das Referenzobjekt, sondern das menschliche Individuum. Berufen kann sich diese Konzeption der Sicherheit auf Immanuel Kant und einen Kosmopolitismus, der dem Individuum unbedingten Vorrang vor dem Kollektiv einräumt.¹³ Menschliche Sicherheit bedeutet deshalb nicht nur den Schutz der Menschen vor Krieg und Gewalt, sondern auch die Gewährleistung derjenigen Funktionen, die ein individuelles Leben in Freiheit und Würde ermöglichen.¹⁴

Sachdimension

Die Ausdehnung des Sicherheitsverständnisses vom Staat über die Gesellschaft auf das Individuum hat Auswirkungen auf die Sachdimension des Sicherheitsbegriffs. Die Sachdimension bestimmt die Politikbereiche, in denen Gefahren identifiziert werden sollen und überdies Sicherheit gewährleistet werden soll.

Traditionell werden Sicherheitsprobleme als militärische wahrgenommen. Der Grund dafür ist, dass für den Staat lange Zeit die größte Gefahr ein militärischer Angriff und der Verlust politischer Selbstbestimmung war. Deshalb bedeutet nationale Sicherheit zunächst Schutz vor militärischen Bedrohungen. Dieser Gedanke setzte sich nicht zufällig mit dem Politischen Realismus zu Beginn des Kalten Krieges durch, als es galt, die Konsequenzen aus dem Scheitern idealistischer Projekte wie dem Völkerbund und der Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Dritten Reich zu ziehen.¹⁵ Angesichts des Sicherheitsdilemmas und struktureller Anarchie, so das realistische Credo, sei Machtpolitik das einzige wirksame Mittel und das höchste politische Gut militärische Sicherheit.¹⁶

Diese Position wurde erst erschüttert, als – vor dem Hintergrund politischer Entspannung – in den 1970er Jahren neue Probleme wahrgenommen wurden. Die Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979 machten den

(Hg.): *Identity, Migration and the New Security Agenda in Europe*. London: Pinter 1993, S. 17-40.

13 | Vgl. Beitz, Charles: *Political Theory and International Relations*. Princeton: Princeton University Press 1979; Doyle, Michael: »Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs«, in: *Philosophy and Public Affairs* 12 (1983), S. 205-235, 323-353; Pogge, Thomas: *Global Justice*. Malden: Blackwell 2001.

14 | Vgl. Thakur, Ramesh/Newman, Edward: *Broadening Asia's Security and Discourse Agenda*. Tokyo: United Nations University Press 2004; Human Security Center: *Human Security Report*. Oxford 2005.

15 | Vgl. Carr, Edward H.: *The Twenty Year's Crisis, 1919-1939*. New York: Harper and Row 1939; Morgenthau, Hans J.: *Politics Among Nations*. New York: Knopf 1948; Herz, John: *Political Realism and Political Idealism*. Chicago: Chicago University Press 1950.

16 | Vgl. Waltz, Kenneth N.: *Theory of International Politics*. New York: Random House 1979, S. 126.

Menschen klar, dass ihr Wohlergehen nicht nur von militärischen Bedrohungen, sondern auch durch wirtschaftliche Verwundbarkeit gefährdet war. Der Sicherheitsbegriff wurde folglich erweitert und umfasste fortan den Zugang zu Öl oder anderen so genannten »vitalen Ressourcen«.¹⁷

Eine weitere Ausdehnung erfuhr der Sicherheitsbegriff durch die Einbeziehung ökologischer Aspekte. 1987 betonte der Brundtland-Report, dass »die Zerstörung der Umwelt beginne, die Sicherheit im globalen Maßstab zu bedrohen«.¹⁸ Seither werden unter dem Begriff »ökologische Sicherheit« (*environmental security*) Umweltprobleme als Sicherheitsprobleme diskutiert,¹⁹ auch wenn die empirischen Belege für einen direkten Kausalzusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Gewaltkonflikten umstritten sind.²⁰ Die Dringlichkeit der Umweltproblematik, so die Befürworter des ökologischen Sicherheitsbegriffs, erlaube allemal ihre »Versicherheitlichung«.

Die jüngste Erweiterung erfuhr der Sicherheitsbegriff jedoch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durch die Forderung nach »humanitärer Sicherheit« (*humanitarian security*). Damit war nach der Militär-, Wirtschafts- und Umweltpolitik der letzte große Politikbereich – nämlich die Menschenrechtspolitik – in den Bannkreis des Sicherheitsbegriffs gezogen. Humanitäre Sicherheit bezieht sich nicht nur auf die Sicherung von Schutzzonen und Katastrophenhilfe in Krisenregionen, sondern auch auf die Gewährleistung elementarer Menschenrechte im Rahmen einer allgemeinen Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) der internationalen Gemeinschaft. Dabei macht die Nähe zum Konzept der »humanitären Intervention« deutlich, wie leicht durch die begriffliche Verbindung von Menschenrechten und Sicherheit zumindest die Möglichkeit eröffnet wird, auch militärisch humanitär zu handeln oder sogar, wie es heißt, »humanitäre Kriege« zu führen.²¹

17 | Vgl. z.B. Nye, Joseph S.: »Energy Security Strategy«, in: Huntington, Samuel P. (Hg.): *The Strategic Imperative. New Policies for American Security*. Cambridge: Ballinger 1982, S. 301-329; Maull, Hanns W.: *Raw Materials, Energy, and Western Security*. London: IISS 1984.

18 | Vgl. Brundtland, Gro Harlem: *Our Common Future*. Oxford: Oxford University Press 1987, S. 19.

19 | Vgl. z.B. Tuchman Mathews, Jessica: »Redefining Security«, in: *Foreign Affairs* 68 (1989), S. 162-177; Myers, Norman: »Environment and Security«, in: *Foreign Policy* 74 (1989), S. 23-41; Homer-Dixon, Thomas F.: »On the Threshold. Environmental Changes as Causes of Acute Conflict«, in: *International Security* 16 (1991), S. 76-116.

20 | Vgl. Gleditsch, Niels Petter: »Armed Conflict and The Environment. A Critique of the Literature«, in: *Journal of Peace Research* 35 (1998), S. 381-400.

21 | Vgl. Woodward, Susan L.: »Humanitarian War: A New Consensus?«, in: *Disasters* 25 (2001), S. 331-344; vgl. allgemein die Beiträge in Holzgrefe, Jeff L./Keohane, Robert O. (Hg.): *Humanitarian Intervention. Ethical, Legal and Political Dilemmas*. Cambridge: Cambridge University Press 2003.

Raumdimension

Eine dritte Dimension des erweiterten Sicherheitsbegriffs betrifft das geographische Gebiet, für das Sicherheit gewährleistet werden soll, also die Raumdimension. Traditionell bezieht sich Sicherheit auf das nationale Territorium eines Staates. Realisten betonen, es sei unsinnig, nach Sicherheit jenseits des Nationalstaates zu streben, denn selbst wenn es globale Probleme gäbe, gebe es nicht die Möglichkeiten, diese auch global zu lösen.²² In ihrem Verständnis bezieht sich Sicherheit deshalb vor allem auf das eigene Staatsgebiet.

Diese Beschränkung wird allerdings schon dann problematisch, wenn sich mehrere Staaten zusammentreten, um ihre Sicherheit in einem Bündnis zu gewährleisten. Als die NATO 1948 gegründet wurde, entstand eine Sicherheitsgemeinschaft,²³ der es nicht nur um territoriale Verteidigung, sondern um die regionale Sicherheit des euro-atlantischen Raumes ging – intern und gegenüber einer äußeren Bedrohung.

Der Begriff »internationale Sicherheit« geht über diese Begrenzung hinaus und bezieht sich auf zwischenstaatliche Kooperationsanstrengungen mit dem Ziel internationaler Stabilität. Er setzt sich von realistischen Annahmen insofern ab, als er die Möglichkeit der Kooperation konkurrierender Staaten auch ohne die Existenz eines übergeordneten Rahmens annimmt, der die Staaten zur Einhaltung ihrer Kooperationsversprechen zwingen würde.²⁴ Es geht also nicht länger um die Maximierung der nationalen Sicherheit, sondern um die Herstellung eines internationalen Umfeldes, in dem alle Staaten ein vernünftiges Maß an Sicherheit genießen.

Der Begriff der »globalen Sicherheit« geht auch hier noch einen Schritt weiter. Er bezieht sich nicht länger auf das Staatensystem und die Möglichkeit einer internationalen (Staaten-)Gesellschaft (*international society*),²⁵ sondern auf die Menschheit als Ganzes und die Aussicht auf eine globale Weltgesellschaft (*world society*) freier Individuen.²⁶ Insofern

22 | Vgl. etwa Waltz, Theory, S. 44.

23 | Zum Begriff der Sicherheitsgemeinschaft vgl. Deutsch, Karl W.: Political Community at the International Level. Problems of Definition and Measurement. Garden City: Doubleday 1954; Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hg.): Security Communities. Cambridge: Cambridge University Press 1998.

24 | Vgl. die Beiträge in Oye, Kenneth (Hg.): Cooperation under Anarchy. Princeton: Princeton University Press 1986; Müller, Harald: Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993; Haftendorn, Helga/Keohane, Robert/Wallander, Celeste (Hg.): Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space. Oxford: Oxford University Press 1999.

25 | Vgl. Bull, Hedley: The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics. New York: Columbia University Press 1995 [1977].

26 | Vgl. Buzan, Barry: From International to World Society?. Cambridge: Cambridge University Press 2004.

ist er eng mit den Begriffen der menschlichen und humanitären Sicherheit verknüpft und unterstreicht, dass das Recht auf menschenwürdige Lebensverhältnisse nicht nur für die Menschen in unserer Nähe, sondern prinzipiell für alle Menschen auf der Welt gilt.

Gefahrendimension

Die vierte und vielleicht folgenreichste Dimension der Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs betrifft die Art und Weise, wie Gefahr verstanden und Unsicherheit konzeptualisiert wird. Traditionell werden Sicherheitsprobleme als Bedrohungen wahrgenommen und auf der Grundlage relativ sicheren Wissens über feindliche Akteure, ihre Absichten und ihre Militärpotenziale eingeschätzt.²⁷ So war es paradigmatisch während des Kalten Krieges, als sich Ost und West bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstanden. Dieses Konzept von (Un-)Sicherheit wurde allerdings problematisch, als in den 1970er Jahren diffusere Gefahren für das Wohlergehen der Gesellschaft wahrgenommen wurden. In Zeiten wachsender gesellschaftlicher und ökonomischer Interdependenz musste man feststellen, dass ernsthafte Gefahren nicht notwendigerweise feindliche Akteure und militärische Kapazitäten voraussetzen. Unsicherheit musste dementsprechend anders konzeptionalisiert werden, zum Beispiel als »Verwundbarkeit« gegenüber externen Effekten (*externalities*), was immer ihre Ursachen sein mochten.²⁸ Damit verschob sich der Fokus der Sicherheitsdebatte von den Stärken des Gegners auf die eigenen vermeintlichen Schwächen.

Ein weiterer Schritt zur Ausweitung des Gefahrenspektrums – und folglich des Sicherheitsbegriffs – ist die Bezeichnung von Sicherheitsproblemen als »Risiken« nach dem Ende des Kalten Krieges.²⁹ Heute dominieren nicht Bedrohungen, sondern Risiken den politischen Diskurs. Die klare und gegenwärtige Bedrohung (*the clear and present danger*) eines

27 | Vgl. Knorr, Klaus: »Threat Perception«, in: Knorr, Klaus (Hg.): *Historical Dimensions of National Security Problems*. Lawrence: University Press of Kansas 1976, S. 78-119; Cohen, Raymond: »Threat Perception in International Crisis«, in: *Political Science Quarterly* 93 (1978), S. 93-107; Gross Stein, Janice: »On Perceiving and Communicating Threats«, in: Kolodziej, Edward A. (Hg.): *Security and Arms Control. A Guide to National Policymaking*. Nr. I, London: Greenwood Press 1989, S. 25-47.

28 | Vgl. Keohane/Nye, Power and Interdependence; Lake, David/Morgan, Patrick: *Regional Orders. Building Security in a New World*. University Park/London: Pennsylvania State University Press 1997.

29 | Vgl. dazu Daase, Christopher: »Internationale Risikopolitik. Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel«, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Peters, Ingo (Hg.): *Internationale Risikopolitik*. Baden-Baden: Nomos 2002, S. 9-35; Williams, Michael J.: »(In)Security Studies, Reflexive Modernization and the Risk Society«, in: *Cooperation and Conflict* 43 (2008), S. 57-79.

sowjetischen Angriffs ist unklaren und zukünftigen Risiken und Herausforderungen gewichen. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, transnationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Umweltzerstörung und viele andere Probleme werden als nationale, internationale und globale Sicherheitsrisiken diskutiert. Was sie eint, ist ihre relative Unbestimmtheit.

Warum ist dieser Begriffswandel so bedeutsam? Weil mit ihm existentielle Gefahren in den Blick geraten, die noch gar keine sind, die aber die Möglichkeit haben, welche zu werden. Mit dieser ultimativen Ausdehnung des Unsicherheitsverständnisses auf Ungewisses (*uncertainties*) verändern sich die Anforderungen an die Sicherheitspolitik abermals. Denn wenn Sicherheitspolitik Risiken begegnen soll, kann sie nicht länger reaktiv bleiben wie während des Kalten Krieges, sondern muss proaktiv werden und Gefahren identifizieren, bevor sie sich zu Bedrohungen auswachsen.

Proaktive Sicherheitspolitik kann sich dabei entweder auf die Ursachen oder die Effekte von Risiken richten, also vorbeugend oder vorsorgend sein. Vorbeugende – oder präventive – Sicherheitspolitik zielt darauf, dass ein ungewisser Schaden nicht eintritt. Vorsorgende – präkutive – Sicherheitspolitik ist demgegenüber darauf gerichtet, die Auswirkungen des Schadens zu minimieren, falls sich der Schadensfall nicht verhindern lässt. Vorbeugende und vorsorgende Sicherheitspolitik können wiederum mit diplomatischen Mitteln oder mit militärischem Zwang betrieben werden und so ergeben sich vier idealtypische Strategien proaktiver Sicherheits- oder besser: Risikopolitik.³⁰

Hier ist nicht der Ort, auf die Möglichkeiten und Grenzen proaktiver Sicherheitspolitik einzugehen.³¹ Wichtig ist aber, zu betonen, dass mit der Wendung zum Risiko nicht nur der vorläufige Höhepunkt der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs erreicht ist, sondern sich auch die liberale Definition von Sicherheit im politischen Diskurs endgültig durchgesetzt hat. Denn Risiken beziehen sich nicht nur wie Bedrohungen auf territorialstaatlich begrenzte Räume oder wie Verwundbarkeit auf kollektive Güter, sondern auf die natürlichen und gesellschaftlichen Funktionszusammenhänge, in die jedes Individuum existentiell eingebunden ist. Insofern gipfelt hier die säkulare Dissoziation von Staat und Gesellschaft in einem Sicherheitsverständnis, das konzeptionell denationalisiert und ideell globalisiert ist.

30 | Vgl. Daase/Feske/Peters, Internationale Risikopolitik, S. 18.

31 | Vgl. aber die Beiträge in Daase, Christopher/Friesendorf, Cornelius (Hg.): The Unintended Consequences of Security Governance. London: Routledge, i.E.

10.3 VON DER BEDROHUNGSGEMEINSCHAFT ZUR RISIKOGESELLSCHAFT

Welche Auswirkung hat der Wandel der Sicherheitskultur auf die internationale Sicherheitspolitik? Zunächst könnte man annehmen, dass ein de-nationalisiertes und globalisiertes Sicherheitsverständnis neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet in Bereichen, die vormals durch nationale Ängste und Egoismen verschlossen waren. Die Gewissheit funktionaler Interdependenz und das Bewusstsein globaler Verantwortung, wie sie im erweiterten Sicherheitsverständnis zum Ausdruck kommen, könnten die Bereitschaft stärken, neue kosmopolitische Politikkonzepte für eine Weltgesellschaft zu entwickeln, die vor immer größeren Herausforderungen steht. Das zumindest ist die Erwartung – und Hoffnung – derjenigen Theoretiker, die die Stärkung internationaler Institutionen vorhersagen, weil nur sie eine effektive Lösung weltgesellschaftlicher Probleme garantieren,³² und die die Durchsetzung kosmopolitischer Werte erwarten, weil nur sie das normative Fundament einer gerechten Weltgesellschaft bilden können.³³ Die Hoffnung teile ich, meine Erwartung ist eine andere.

Was sich gegenwärtig nämlich abzeichnet, ist die Akzentuierung von Konflikten und die Entstehung neuer Kontroversen über die relative Bedeutung von spezifischen Gefahren, wie ihnen zu begegnen ist und welche Rolle dabei internationale Institutionen spielen sollen – und das, obwohl ein deklaratorischer Konsens über den erweiterten Sicherheitsbegriff besteht. Man denke nur an das Unvermögen, sich auf konkrete Klimaziele zu einigen trotz des Bekenntnisses zu »ökologischer Sicherheit«; oder an die Tatsache, den Millenniums-Zielen auch nur nahezukommen, trotz einer allgemeinen Akzeptanz des Konzepts »menschlicher Sicherheit«; oder an die Kontroversen um die internationale Terrorismusbekämpfung trotz der Einsicht, dass es sich bei Terrorismus um ein »globales Sicherheitsproblem« handelt.

Nun könnte man argumentieren, dass die neue Sicherheitskultur noch nicht weit genug verbreitet ist, um eine entsprechende Sicherheitspolitik zu bewirken. Insbesondere Staaten in Asien und Afrika hätten immer noch deutlich andere Sicherheitsinteressen als die Staaten des Westens, die den erweiterten Sicherheitsbegriff propagieren. Das ist zweifellos richtig. Aber die Kontroversen reichen bis in das »westliche Lager« hinein, wenn man sich einmal den Streit darüber vergegenwärtigt, wie auf den Krieg zwischen Russland und Georgien zu reagieren ist oder die Frage, mit welchen Mitteln der Krieg gegen den Terrorismus geführt werden soll. Die Erwei-

32 | Vgl. z.B. Keohane, International Institutions; Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1998; Messner, Dirk/Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven. INEF-Report 67 (2003).

33 | Vgl. z.B. Beck, Weltriskogesellschaft; Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004.

terung des Sicherheitsbegriffs vergrößert auch das Spektrum möglicher Konflikte über die Wahrnehmung von Unsicherheit, sicherheitspolitische Strategien und die Bedeutung internationaler Institutionen.

Unsicherheitswahrnehmung

Warum ist es so schwierig, eine kohärente Sicherheitspolitik zu entwickeln, die über das Lippenbekenntnis zum erweiterten Sicherheitsbegriff und die Beschwörung der westlichen Wertegemeinschaft hinausgeht? Warum fürchten sich zum Beispiel die USA so sehr vor iranischen Nuklearwaffen, obwohl diese sie gar nicht erreichen könnten, und wehren sich gegen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, wo doch ihr eigenes Land zunehmend von Naturkatastrophen heimgesucht wird? Warum ignorieren die Europäer auf der anderen Seite die Gefährdung durch den Iran, der europäisches Territorium mit Mittelstreckenraketen bedrohen könnte, und engagieren sich so sehr für strenge Umweltstandards, wo doch Europa vermutlich am wenigsten unter dem Klimawandel zu leiden hätte?

Aus zahlreichen Studien ist bekannt, dass Risikoabschätzung und Bedrohungswahrnehmung nicht immer rationalen Pfaden folgt. Man denke nur an die Menschen, die sich vor dem Fliegen fürchten und – zumal nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – lieber Auto fahren, obwohl im Straßenverkehr jährlich rund 1.000 Mal mehr Menschen umkommen als im Flugverkehr.³⁴ Ähnliches trifft auf kollektive Akteure wie Staaten zu, die den internationalen Terrorismus mehr fürchten als alle anderen Gefahren, obwohl nur ein winziger Bruchteil ihrer Bürgerinnen und Bürger, die eines unnatürlichen Todes sterben, Terroristen zum Opfer fallen. Aber wie nehmen Akteure – individuelle wie kollektive – Bedrohungen wahr und wie hierarchisieren sie ihre Ängste? Und was erklärt die Unterschiede zwischen ihnen?

Im Grunde ist es nicht erstaunlich, dass der Wandel der Sicherheitskultur selbst im Westen zu Unstimmigkeiten führt. Während des Kalten Krieges war es relativ einfach, sich über die Gefahr einig zu werden, die von der Sowjetunion und dem Ostblock für die nationale Sicherheit der westlichen Staaten ausging (und selbst das war oft genug umstritten, wenn man an die diversen Krisen der NATO denkt).³⁵ Insofern war die westliche Sicherheitsgemeinschaft – um den Begriff von Karl Deutsch noch einmal aufzunehmen – eine Gemeinschaft im engeren, Tönnies'schen Sinne:³⁶

34 | Gunasekrea, Hasantha: »Fear Ever Young. The Terrorist Death Toll in Perspective«, in: *Journal of the Royal Society of Medicine* 99 (2006), S. 646; Gigerenzer, Gerd: »Out of the Frying Pan into the Fire: Behavioral Reactions to Terrorist Attacks«, in: *Risk Analysis* 26 (2006), S. 347-351.

35 | Vgl. etwa Haftendorn, Helga: *Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise von 1966/67*. Baden-Baden: Nomos 1984.

36 | Vgl. dazu Tönnies, Ferdinand: *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1979 [1887].

eine durch Werte- und Schicksalsverbundenheit auf unbedingte Einheit getrimmte Bedrohungsgemeinschaft.

Heute ist es demgegenüber viel schwieriger, eine gemeinsame Einschätzung der vielen Risiken zu erreichen, die seit Ende des Ost-West-Konflikts Staaten, Gesellschaften und Individuen gleichermaßen betreffen. Zwar besteht ein – noch vages – Bewusstsein von den funktionalen Interdependenzen und der globalen Verantwortung der Menschen, Gesellschaften und Staaten untereinander, aber sie sind doch so weit vereinzelt, dass man – wieder mit Tönnies – eher von einer Gesellschaft als von einer Gemeinschaft sprechen muss: wenn auch von einer »Welt-Risikogesellschaft«.³⁷ Was diese Gesellschaft jedoch auszeichnet, ist ein nur sehr dürres deklaratorisches Bekenntnis zum erweiterten Sicherheitsbegriff, das individuell sehr unterschiedlich interpretiert wird.

Der Grund dafür ist eine doppelt ungleiche Transnationalisierung der Problemwahrnehmung. Transnationalisierung ist sozusagen die Kehrseite der Denationalisierung des Sicherheitsbegriffs, und sie ist deswegen doppelt ungleich, weil sie erstens geographisch uneinheitlich ist – im Westen weiter fortgeschritten als im Osten und Süden –, und weil sie zweitens auf den unterschiedlichen sozialen Ebenen – der Öffentlichkeit, den politischen Eliten und den staatlichen Regierungen – unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Der Effekt in beiden Fällen ist, dass auf einer relativ oberflächlichen Ebene ein deklaratorischer Konsens über die allgemeinen Gefahren, die die Menschheit betreffen, besteht, dass aber auf einer tiefen Ebene große Unterschiede darüber existieren, wie diese Gefahren im Einzelnen zu bewerten sind, wie ihnen zu begegnen ist und in welchem Maße internationale Institutionen dafür notwendig sind.

In den letzten Jahren lässt sich zum Beispiel zeigen, dass die gesellschaftlichen Bedrohungswahrnehmungen in Europa und den USA immer stärker konvergieren. Daten unterschiedlicher Umfragen scheinen zu bestätigen, dass die oft beschworenen kulturellen Unterschiede zwischen Amerika und Europa sich einzubilden beginnen und die Kluft in der Risikoperzeption nicht mehr so groß ist, wie früher behauptet wurde.³⁸ Wenn den Befragten vorgefertigte Listen möglicher Gefahren vorgelegt werden, stimmen Europäer und Amerikaner weitgehend überein, welche Gefahren sie »für ihre Länder in den nächsten zehn Jahren als potenziell bedrohlich« halten. Der internationale Terrorismus führt diese Liste an, dicht gefolgt von der Verbreitung von Nuklearwaffen. Ein ähnlicher Trend ist bei den Außenpolitischen Eliten zu beobachten. Eine jüngste Befragung zeigt – bei aller Unzulänglichkeit der Erhebung –, dass die Eliten der wichtigsten Staaten im atlantischen und pazifischen Raum

37 | Vgl. Beck, Weltrisikogesellschaft.

38 | Vgl. Smith, Julianne: »U.S. and EU Threat Perceptions: Much Ado About Nothing?«, in: Albright, Madeleine K./Campbell, Kurt M. (Hg.): Crossing the Atlantic. A Report from the Aspen Atlantic Group 2003 Workshop. Aspen Institute: Queenstown 2004, S. 45-51.

nicht nur ähnliche Ansichten über die größten Bedrohungen für die globale Ordnung und nationale Sicherheit hegen, sondern dass sie darüber hinaus auch ähnliche Präferenzen über die Politikinstrumente zum Ausdruck bringen, auf die weiter unten eingegangen wird.³⁹

Aber es wäre verfrüht, hier von einem transnationalisierten Sicherheitsverständnis zu sprechen, das die Grundlage für eine proaktive kosmopolitische Sicherheitspolitik sein könnte. Der Teufel steckt im Detail, und zeigt sich insbesondere dort, wo politische Entscheidungen gefragt sind. Dann können die Deklarationen über die gemeinsame Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität, die Versprechen, gemeinsam gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen und den Klimawandel vorzugehen und allgemeine Solidaritätsbekundungen mit den Armen dieser Welt nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass die Dringlichkeit dieser Probleme sehr unterschiedlich eingeschätzt wird und die Meinungen über den Handlungsbedarf höchst widersprüchlich sind.

Zurückführen lässt sich dies auf das, was man die »Betroffenheitslücke« nennen könnte. Sie beschreibt den Abstand zwischen der Anerkenntnis einer abstrakten Gefahr und dem Gefühl eigener Betroffenheit. Man kann demnach sehr wohl eine Gefahr wahrnehmen (und dies auch öffentlich bekunden), ohne sich selber gefährdet zu fühlen (und dringenden Handlungsbedarf zu sehen). Umfragen versuchen, diesem Phänomen mit der Unterscheidung von soziotropischen und egozentrischen Fragestellungen auf die Spur zu kommen, wobei allerdings selten Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Analyseebenen berücksichtigt werden, die für die Erfassung transnationaler Problemwahrnehmung notwendig wären. Deshalb sei hier nur noch einmal kurz auf das Beispiel des Terrorrisikos verwiesen: Während das Terrorismusproblem, wie gezeigt, in den USA und Europa *generell* für annähernd gleich wichtig gehalten wird, fühlen sich nämlich Amerikaner deutlich stärker *persönlich* betroffen als Europäer. In einer Umfrage, die ein Jahr nach 9/11 gemacht wurde, sahen 64 % der Europäer im internationalen Terrorismus eine *persönliche* Bedrohung, in den USA waren es 91 % der Bevölkerung. Unter den Europäern sind die Briten noch einmal stärker beunruhigt als der europäische Durchschnitt.⁴⁰ All das ist an sich nicht verwunderlich und mit der Betroffenheit (der tatsächlichen oder vermeintlichen, etwa durch Medienberichterstattung erzeugten Betroffenheit) gut erklärbar. Es ist darüber hinaus konsistent mit Analysen der Risikowahrnehmung nach dem Tschernobyl-Unglück, die zeigen, dass die Risikowahrnehmung mit der

39 | Kirchner, Emil J./Sperling, James: »Introduction«, in: Dies. (Hg.): *Global Threat Perception. Elite Survey Results from Canada, China, the European Union, France, Germany, Italy, Japan, Russia, the United Kingdom and the United States*. Garnet Working Paper 18/07 (2007), S. 4-23, S. 8.

40 | Vgl. Smith, U.S. and EU Threat Perceptions, S. 46. German Marshall Fund of the United States: *Wordviews 2002, ICPSR Version*. London 2002; *Transatlantic Trends 2008*, www.gmfus.org/trends/doc/2008_English_Key.pdf

Nähe zum Unfallort steigt. Auch wenn das zunächst nicht besonders aufregend zu sein scheint, lässt es doch eine gewisse Skepsis gegenüber der Erwartung zu, die Transnationalisierung des Sicherheitsverständnisses führe zu einer kosmopolitischen Risikowahrnehmung.

Etwas Ähnliches scheint auch für das globalisierte Verantwortungsgefühl zu gelten, das der erweiterte Sicherheitsbegriff ebenfalls nahelegt. Jüngere Untersuchungen zeigen am Beispiel Deutschlands, dass auch dort, wo eine globale normative Interdependenz anerkannt wird, das Pflichtbewusstsein der Bevölkerung mit der Distanz zum eigenen sozialen Kollektiv abnimmt. Matthias Ecker-Ehrhard und Bernhard Wessels bezeichnen den Kosmopolitismus der Deutschen deshalb als »moderat«: »Zum einen bleibt er insofern moderat, als nur rund ein Viertel der Deutschen eine universelle Pflicht anerkennt, sich um das Wohl anderer Menschen – gleich wo sie auf der Welt leben – zu sorgen. Zum anderen bleibt dieser Kosmopolitismus moderat, da gerade die partikulare Verbundenheit mit der nationalen ›imagined community‹ von einem erheblich größeren Teil der Bevölkerung anerkannt wird.«⁴¹ Auch das mag intuitiv nachvollziehbar sein, widerspricht aber in der Tendenz den optimistischen Erwartungen kosmopolitischer Theorieansätze.

Strategien und Institutionen

Noch deutlicher als bei der Gefahrenwahrnehmung wird die Diskrepanz der Einschätzungen bei der Wahl sicherheitspolitischer Strategien. Allerdings ist auch hier zunächst eine Konvergenz zu verzeichnen. Die bereits erwähnte Elitenuntersuchung zeigt, dass sich sowohl im atlantischen wie im pazifischen Raum eine deutliche Mehrheit der Befragten für diplomatische Instrumente und den Einsatz von *soft power* einsetzt, wohingegen militärische Maßnahmen und so genannte *hard power* nur im Ausnahmefall als zweckdienlich angesehen wird (wobei allerdings offen bleibt, wo genau die Grenze verläuft).⁴²

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber auch hier, dass jenseits allgemeiner Bekenntnisse deutliche Unterschiede bestehen, wenn es um die relative Bewertung von Sicherheitsgefährdungen und zur Diskussion von Strategie und Taktik kommt. Während in allen Eliten, die untersucht worden sind (USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und zusätzlich die EU), Übereinstimmung herrscht, dass neue Sicherheitsprobleme an Bedeutung gewonnen haben, ist der Rahmen, in dem diese Probleme wahrgenommen werden, sehr unterschiedlich. In den USA und Frankreich existiert nach wie vor ein ziemlich traditionelles, staatszentriertes Verständnis nationaler Sicherheit, während in Großbritannien eine »fundamentale Transformation« nach 9/11 stattgefunden hat, die nichtmilitärischen Bedrohungen eine viel höhere Bedeutung einräumt. Interessant

41 | Ecker-Ehrhardt, Matthias/Wessels, Bernhard: Denationalisierung gesellschaftlicher Problemwahrnehmung. Berlin: WZB 2008, S. 12.

42 | Kirchner/Sperling, Introduction, S. 8.

ist hier, dass die britische außenpolitische Elite, anders als die Regierung, die Bedeutung von Umweltproblemen und wirtschaftlicher Instabilität für die internationale Sicherheit als höher ansieht als die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und regionale Konflikte.⁴³ Übertragen wird die britische nur noch von der deutschen sicherheitspolitischen Elite, die sich das Konzept der erweiterten Sicherheit ganz zu eigen gemacht hat. Deshalb könne »jedes mögliche Risiko als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit interpretiert werden«.⁴⁴

Nicht unerhebliche Unterschiede bestehen schließlich hinsichtlich der instrumentellen Präferenzen und der Bedeutung, die internationalen Institutionen und Multilateralismus generell eingeräumt werden. Während Amerikaner zwar eine gewisse Skepsis gegenüber den existierenden institutionellen Arrangements erkennen ließen und Multilateralismus eher als Mittel zum Zweck denn als einen Selbstzweck ansahen, zeigten sie doch eine auffallende Zurückhaltung, zu sehr auf unilaterales Vorgehen und militärische Mittel zu setzen, um Sicherheitsprobleme zu lösen. Die europäischen Eliten waren aber generell weit kritischer gegenüber militärischem Zwang, obwohl insbesondere britische und französische (und selbst deutsche) Interviewpartner die Nützlichkeit militärischer Mittel nicht generell in Abrede stellen wollten. Insgesamt sehen die Europäer Multilateralismus aber deutlich positiver als Amerikaner, wobei auch hier insbesondere Franzosen und Briten unilaterales Handeln nicht kategorisch ausschlossen.

Was man also sieht, ist eine gewisse Konvergenz der Ansichten zu den Sicherheitsgefährdungen, ihrer Bearbeitung und den Institutionen, die dafür tauglich sind auf einer allgemeinen deklaratorischen Ebene. Auf einer tieferliegenden Ebene werden allerdings schnell Unterschiede deutlich, die auf eine unterschiedliche Betroffenheit und darüber hinaus divergierende kulturelle und historische Einflüsse zurückgeführt werden können. Es sind aber diese Unterschiede, die bei Konflikten über bestimmte Sicherheitsprobleme aktiviert werden, wie die Kontroversen über den Krieg gegen den Irak oder die Positionierung gegenüber Russland zeigen.

10.4 FAZIT

Ich habe zu zeigen versucht, dass sich der sicherheitspolitische Diskurs in den letzten 50 Jahren grundlegend gewandelt hat. Dabei haben sich

43 | Krahmann, Elke: »National Threat Perceptions. Survey Results from the United Kingdom«, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James (Hg.): *Global Threat Perception*, Garnet Working Paper 18/07 (2007), S. 288-316, S. 301.

44 | Gimesi, Thomas et al.: »National Threat Perceptions. Survey Results from Germany«, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James (Hg.): *Global Threat Perception*, Garnet Working Paper 18/07 (2007), S. 154-190, S. 162.

gesellschaftliche Gefahrenwahrnehmungen von staatlichen Sicherheitsbedürfnissen emanzipiert (wenn nicht abgekoppelt) und stellen nun die nationale und internationale Sicherheitspolitik vor völlig neue Aufgaben proaktiver Präventionspolitik und Daseinsvorsorge. So sehr man aber die Denationalisierung des Sicherheitsbegriffs begrüßen mag, so sehr muss man vor überzogenen Hoffnungen auf eine kosmopolitische Sicherheitspolitik warnen. Denn die Entwicklung des gesellschaftlichen Sicherheitsverständnisses ist den Möglichkeiten internationaler Sicherheitspolitik weit vorausgeileilt. Was zählt, ist nicht nur der Wandel der Rhetorik, sondern der Wandel der Politik. Und die hat einiges nachzuholen, wenn sie auf Höhe des gesellschaftlichen Diskurses agieren will.

LITERATUR

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael: »Security Communities in Theoretical Perspective«, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hg.): *Security Communities*. Cambridge: Cambridge University Press 1998, S. 2-28.
- Axelrod, Robert/Keohane, Robert O.: »Achieving Cooperation under Anarchy. Strategies and Institutions«, in: Oye, Kenneth (Hg.): *Cooperation under Anarchy*. Princeton, N.J.: Princeton University Press 1986, S. 226-254.
- Beck, Ulrich: »World Risk Society as Cosmopolitan Society? Ecological Questions in a Framework of Manufactured Uncertainties«, in: *Theory, Culture and Society* 13 (1996): 4, S. 1-32.
- Beck, Ulrich: *Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar: *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004.
- Beitz, Charles: *Political Theory and International Relations*. Princeton: Princeton University Press 1979.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?*. Münster: LIT Verlag 2000.
- Bryden, Alan/Caparini (Hg.): *Private Actors and Security Governance*. Münster: LIT Verlag 2005.
- Bull, Hedley: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*. New York, N.Y.: Columbia University Press 1995 [1977].
- Buzan, Barry/Weaver, Ole/Wilde, Jaap de: *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder: Lynne Rienner 1998.
- Buzan, Barry: *From International to World Society?*. Cambridge: Cambridge University Press 2004.
- Büttner, Thorsten/Fahlbruch, Babette/Wilpert, Bernhard: *Sicherheitskultur. Konzepte und Analysemethoden*. Kröning: Asanger 2007.
- Carr, Edward H.: *The Twenty Year's Crisis, 1919-1939*. New York: Harper and Row 1964 [1939].

- Cohen, Raymond: »Threat Perception in International Crisis«, in: *Political Science Quarterly* 93 (1978): 1, S. 93-107.
- Daase, Christopher: »Internationale Risikopolitik. Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel«, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Peters, Ingo (Hg.): *Internationale Risikopolitik*. Baden-Baden: Nomos 2002, S. 9-35.
- Daase, Christopher/Engert, Stefan: »Global Security Governance. Kritische Anmerkungen zur Effektivität und Legitimität neuer Formen der Sicherheitspolitik«, in: Schuppert, Gunnar/Zürn, Michael (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt. Politische Vierteljahrsschrift*, Sonderheft 41 (2008), S. 475-498.
- Daase, Christopher: »Der erweiterte Sicherheitsbegriff«, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): *Internationale Politik als Überlebensstrategie*. München: Landeszentrale für politische Bildung 2008, S. 137-153.
- Daase, Christopher/Friesendorf, Cornelius (Hg.): *The Unintended Consequences of Security Governance*. London: Routledge, i.E.
- Deutsch, Karl W.: *Political Community at the International Level. Problems of Definition and Measurement*. Garden City, N.Y.: Doubleday 1954.
- Doyle, Michael: »Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs«, in: *Philosophy and Public Affairs* 12 (1983), S. 205-235, 323-353.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias/Wessels, Bernhard: *Denationalisierung gesellschaftlicher Problemwahrnehmungen*. Berlin: WZB 2008.
- Gigerenzer, Gerd: »Out of the Frying Pan into the Fire. Behavioral Reactions to Terrorist Attacks«, in: *Risk Analysis* 26 (2006), S. 347-351.
- Gimesi, Thomas et al.: »National Threat Perceptions. Survey Results from Germany«, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James (Hg.): *Global Threat Perception*. Garnet Working Paper 18/07 (2007), S. 154-190.
- Gleditsch, Niels Petter: »Armed Conflict and The Environment. A Critique of the Literature«, in: *Journal of Peace Research* 35 (1998), S. 381-400.
- Gray, Colin: »Strategic Culture as Context«, in: *Review of International Studies* 25 (1999), S. 49-70.
- Gross Stein, Janice: »On Perceiving and Communicating Threats«, in: Koldziej, Edward A. (Hg.): *Security and Arms Control. A Guide to National Policymaking*. Nr. I, London: Greenwood Press 1989, S. 25-47.
- Gunasekrea, Hasantha: »Fear Ever Young. The Terrorist Death Toll in Perspective«, in: *Journal of the Royal Society of Medicine* 99 (2006), S. 646.
- Haftendorn, Helga: *Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise von 1966/67*. Baden-Baden: Nomos 1984.
- Haftendorn, Helga/Keohane, Robert/Wallander, Celeste (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*. Oxford: Oxford University Press 1999.
- Herz, John: »Idealist Internationalism and the Security Dilemma«, in: *World Politics* 2 (1950): 2, S. 157-180.

- Herz, John: *Political Realism and Political Idealism*. Chicago: Chicago University Press 1950.
- Hobbes, Thomas: *Leviathan*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1978.
- Holzgrefe, J.L.: »The Humanitarian Intervention Debate«, in: Holzgrefe, J. L./Keohane, Robert O. (Hg.): *Humanitarian Intervention. Ethical, Legal, and Political Dilemmas*. Cambridge: Cambridge University Press 2003, S. 15-52.
- Homer-Dixon, Thomas F.: »On the Threshold. Environmental Changes as Causes of Acute Conflict«, in: *International Security* 16 (1991), S. 76-116.
- Human Security Centre: *Human Security Report*. Oxford 2005.
- Humboldt, Wilhelm von: *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirklichkeit des Staates zu bestimmen*. Stuttgart: Reclam [1792] 1967.
- Johnston, Alastair Iain: *Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*. Princeton: Princeton University Press 1998.
- Katzenstein, Peter (Hg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press 1996.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.: *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston: Little/Brown 1977.
- Kirchner, Emil J./Sperling, James: »Introduction«, in: Dies. (Hg.): *Global Threat Perception. Elite Survey results from Canada, China, the European Union, France, Germany, Italy, Japan, Russia, the United Kingdom and the United States*. Garnet Working Paper 18/07 (2007), S. 4-23.
- Knorr, Klaus: »Threat Perception«, in: Knorr, Klaus (Hg.): *Historical Dimensions of National Security Problems*. Lawrence: University Press of Kansas 1976, S. 78-119.
- Krahmann, Elke: »Conceptualizing Security Governance«, in: *Cooperation and Conflict* 38 (2003), S. 5-26.
- Krahmann, Elke: »National Threat Perceptions. Survey Results from the United Kingdom«, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James (Hg.): *Global Threat Perception*. Garnet Working Paper 18/07 (2007), S. 288-316.
- Kuhlmann, Albert: *Sicherheitskultur*. Köln: TÜV Media 2000.
- Lake, David/Morgan, Patrick: *Regional Orders. Building Security in a New World*. University Park/London: Pennsylvania State University Press 1997.
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hg.): *The Return of Culture and Identity in IR Theory*. Boulder: Westview 1997.
- Lippmann, Walter: *U.S. Foreign Policy. Shield of the Republic*. Boston: Little/Brown 1943.
- Mandelbaum, Michael: *The Fate of Nations. The Search for National Security in the Nineteenth and Twentieth Centuries*. Cambridge: Cambridge University Press 1988.
- Maull, Hanns W.: *Raw Materials, Energy, and Western Security*. London: IISS 1984.

- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven. INEF Report 67 (2003).
- Myers, Norman: »Environment and Security«, in: Foreign Policy 74 (1989), S. 23-41.
- Morgenthau, Hans J.: Politics Among Nations. New York: Knopf 1954 [1948].
- Morgenthau, Hans J.: In Defense of the National Interest. A Critical Examination of American Foreign Policy. New York: Alfred A. Knopf 1952.
- Müller, Harald: Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993.
- Nye, Joseph S.: »Energy Security Strategy«, in: Huntington, Samuel P. (Hg.): The Strategic Imperative. New Policies for American Security. Cambridge: Ballinger 1982, S. 301-329.
- Oye, Kenneth (Hg.): Cooperation under Anarchy. Princeton: Princeton University Press 1986.
- Pogge, Thomas: Global Justice. Malden: Blackwell 2001.
- Smith, Julianne: »U.S. and EU Threat Perceptions: Much Ado About Nothing?«, in: Albright, Madeleine K./Campbell, Kurt M. (Hg.): Crossing the Atlantic. A Report from the Aspen Atlantic Group 2003 Workshop. Aspen Institute: Queenstown 2004, S. 45-51.
- Snyder, Jack: »The Soviet Strategic Culture: Implementation for Nuclear Options«, in: R-2154-AF, Rand Corporation. Santa Monica, CA 1973.
- Thakur, Ramesh/Newman, Edward: Broadening Asia's Security and Discourse Agenda. Tokyo: United Nations University Press 2004.
- Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1979 [1887].
- Tuchman Mathews, Jessica: »Redefining Security«, in: Foreign Affairs 68 (1989), S. 162-177.
- Waltz, Kenneth N.: Theory of International Politics. New York: Random House 1979.
- Weaver, Ole: »Societal Security. The Concept«, in: Weaver, Ole/Buzan, Barry/Kelstrup, Morten/Lemaitre, Pierre (Hg.): Identity, Migration and the New Security Agenda in Europe. London: Pinter 1993, S. 17-40.
- Weaver, Ole: »Securitization and Desecuritization«, in: Lipschutz, Ronnie (Hg.): On Security. New York: Columbia University Press 1995, S. 46-86.
- Williams, Michael J.: »(In)Security Studies, Reflexive Modernization and the Risk Society«, in: Cooperation and Conflict 43 (2008), S. 57-79.
- Woodward, Susan L.: »Humanitarian War: A New Consensus?«, in: Disasters 25 (2001): 4, S. 331-344.
- Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1998.